



FDP | 15.07.2014 - 12:45

LAMBSDORFF-Interview für den „Deutschlandfunk“

Berlin. Der Vizepräsident des Europäischen Parlaments und Vorsitzende der FDP im Europäischen Parlament FDP-Präsidiumsmitglied ALEXANDER GRAF LAMBSDORFF gab dem „Deutschlandfunk“ heute das folgende Interview. Die Fragen stellte Silvia Engels:

Frage: Und jetzt? Bekommt Jean-Claude Juncker Ihre Stimme oder nicht?

LAMBSDORFF: Das wird sehr stark davon abhängen, was er heute Morgen hier in der Debatte erklären wird. Er hat ja in der letzten Woche alle Fraktionen besucht, auch die liberale Fraktion. Er hat dort ein klares Bekenntnis zur Stabilitätsunion abgelegt. Er hat gesagt, er will die Stabilitätskultur auch fortsetzen. Aber wir wollen ein klares Bekenntnis dazu haben, dass der verschärfte Stabilitätspakt, den gerade wir Liberalen in der letzten Legislaturperiode ja mit durchgesetzt haben, dass der angewendet wird und dass es da keine Flexibilität im Sinne einer Aufweichung gibt, sondern Flexibilität wenn überhaupt, dann im Sinne einer Anpassung an das Wachstumspotenzial von Krisenländern. Das geht, das steht im Stabilitätspakt drin. Nur, was es mit uns sicher nicht geben wird, das ist eine Aufweichung des Stabilitätspaktes zulasten der Geberländer.

Frage: Nun sieht es ja so aus, dass Juncker heute im Parlament noch einmal das erzählt, was er auch in den letzten Tagen erzählt hat. Das heißt, er verspricht vielen vieles, den Sozialdemokraten mehr Solidarität in Europa, den Konservativen die von Ihnen auch angemahnte Einhaltung des Stabilitätspakts. Wenn das wieder so kommt, was machen Sie dann?

LAMBSDORFF: Na ja, Frau Engels, es gibt ja einen ganz fundamentalen Unterschied heute Morgen gegenüber der letzten Woche. In der letzten Woche war er Fraktion für Fraktion unterwegs. Heute Morgen muss er sich im Plenum stellen. Heute Morgen muss zusammengebunden werden, was in der letzten Woche in den verschiedenen Fraktionen gesagt worden ist, und da werden wir sehr genau hinhören. Da werden wir zum Beispiel hinhören, wird er Twopack und Sixpack erwähnen, wird er das europäische Semester erwähnen, ist er bereit, mit länderspezifischen Empfehlungen für alle Mitgliedsstaaten der Euro-Zone zu arbeiten.

Frage: Twopack und Sixpack sollten Sie vielleicht erklären.

LAMBSDORFF: Gerne! Das sind die Regeln, die wir gemacht haben, nachdem ja die rot-grüne Bundesregierung 2003 zusammen mit den Franzosen den Stabilitätspakt aufgeweicht hat. Das war damals die Ursünde, das hat mit zur Krise geführt. Wir haben dann gesagt, nein, es kann nicht sein, dass die Finanzminister, die die Haushaltsdefizite produzieren, auch diejenigen sind, die über die Strafen entscheiden. Deswegen haben wir sogenannte automatische Strafen eingeführt, automatische Sanktionen, und dazu wollen wir ein klares Wort von Juncker haben, dass er die auch bereit ist anzuwenden. Denn es ist ganz klar: Wenn die Finanzminister selber das tun dürfen, dann machen wir den Bock zum Gärtner, und das wollen wir nicht. Deswegen haben wir den Stabilitätspakt wieder verschärft. Dieses Bekenntnis, das muss ganz klar kommen heute Morgen.

Frage: Dieses Bekenntnis verlangen Sie. Stichwort Finanzminister. Was haben Sie eigentlich dann genau gegen den früheren Finanzminister Frankreichs, Moscovici? Das heißt, verlangen Sie, dass Juncker ihn nicht als Währungskommissar vorschlägt?

LAMBSDORFF: Er wird heute mit Sicherheit nicht dazu Äußerungen machen, welcher Kommissar welches Ressort bekommen wird. Die nationalen Regierungen müssen ja zunächst einmal ihre Kandidaten benennen. Frankreich hat sich dazu noch gar nicht abschließend geäußert. Aber vollkommen klar ist: Moscovici ist Finanzminister in Frankreich. Er ist dort mitverantwortlich für das Defizit, für die insgesamt unbefriedigende wirtschaftliche Lage, auch was den öffentlichen Haushalt in Frankreich angeht. Das Land hat ja gerade erneut um eine Verlängerung gebeten beim Abbau seines Defizits. Dass ein solcher Mann Wirtschafts- und Währungskommissar als Nachfolger des Liberalen Finnen Olli Rehn werden soll, das wäre mit uns definitiv nicht zu machen.

Frage: Sie lehnen auch die Idee Junckers ab, die Troika durch ein anderes demokratisches Gremium zu ersetzen. Warum eigentlich?

LAMBSDORFF: Nun, die Troika war ein erfolgreiches Instrument. Ob man die Troika nennt, sei einmal dahingestellt. Aber was dabei entscheidend war, ist, dass sie relativ neutral beurteilt hat, wie die volkswirtschaftlichen Gegebenheiten in einem Krisenland aussahen, und dann Empfehlungen gemacht hat, die sich eben nicht einer politischen Debatte erst mal öffnen mussten, bei der jeder seine Vorlieben einbringen konnte, denn genau das hat ja zum Teil zu diesen Krisen geführt in den verschuldeten Ländern. Deswegen sind wir der Meinung, es muss zum Beispiel der IWF in Griechenland an Bord bleiben. Wir wollen nicht, dass der IWF rausgeht aus den bisherigen Krisenländern. Wenn Juncker einen Weg findet, das in der Zukunft anders zu regeln, aber genauso streng sein kann dabei, dann soll mir das recht sein, aber es wird auf keinen Fall eine Abschaffung der Troika bei den aktuellen Krisenländern geben.

Frage: Nehmen wir an, Sie kriegen auf all das keine konkrete Antwort, was sagen Sie dann für das Wahlergebnis, was die Liberalen angeht, voraus?

LAMBSDORFF: Nun, wir haben im Grundsatz gesagt, Juncker ist ein Spitzenkandidat. Das ist ein Prozess, mit dem mehr Demokratie in Europa geschafft wird. Das heißt, im Grundsatz ist das, was Ihr Nachrichtensprecher gesagt hat, richtig: Wir wollen ihn unterstützen. Aber wir wollen das nicht tun um den Preis der Gefährdung der Stabilitätskultur. Und es ist nicht so – das muss man deutlich sagen -, dass hier die Mehrheit schon sicher ist heute Vormittag. Die EVP, also die Konservativen, und die Sozialdemokraten sind eben nicht geschlossen. Auch bei uns werden wir sehr genau hinhören. Die 376 Stimmen sind noch nicht sicher. Es wird wirklich eine lebhaftere, eine spannende Debatte hier in Straßburg werden. Ich weiß, dass ganz Deutschland nach Berlin schaut auf den Empfang der Fußball-Nationalmannschaft, aber wir hier werden heute Morgen unserer Verantwortung sehr gerecht werden und wir werden heute Mittag dann entscheiden nach freiem Gewissen, wie wir abstimmen werden.

Frage: Junckers Wahl, Sie haben es angesprochen, gilt als großer Sieg des EU-Parlaments, weil man den europäischen Staats- und Regierungschefs abgetrotzt hat, den erfolgreichen Spitzenkandidaten der Europawahl auch tatsächlich zu nominieren. Gefährden Sie den Sieg, wenn Sie ihn nun am Ende vielleicht ablehnen?

LAMBSDORFF: Ich würde das gar nicht so sehr, Frau Engels, als einen Sieg einer Institution über eine andere sehen. Ich glaube, dass das ein Wunsch war, den wir immer und immer wieder von den Bürgerinnen und Bürgern gehört haben, wir brauchen Gesichter in Europa, wir brauchen mehr Demokratie in Europa. Deswegen haben wir dieses System mit den Spitzenkandidaten eingeführt. Es war beim ersten Mal sicher noch nicht perfekt, aber es war mit Sicherheit ein Fortschritt in eine richtige Richtung, in Richtung mehr Demokratie. Wir werden mit anderen Worten sehr positiv hier auf das schauen, was der Spitzenkandidat tut. Allerdings werden wir ihn auch an seinen Inhalten messen, und wenn das dann eine Gefährdung eines institutionellen Gleichgewichts sein sollte, dann ist das weniger wichtig als die Frage, tun wir der Demokratie, tun wir der Stabilitätskultur in Europa einen Dienst mit unserer Wahlentscheidung.

Frage: Rechnen Sie mit einem klaren Ergebnis für Juncker?

LAMBSDORFF: Ich rechne mit einem knappen Ergebnis. Ich rechne damit, dass es unter dem Strich gut ausgehen wird für ihn. Aber er hat damit noch lange keinen Blankoscheck, denn wir dürfen eines nicht vergessen: Anders als in Deutschland, wo die Bundeskanzlerin ja Minister ernennen kann, die dann einfach Minister werden, wird seine gesamte Kommission, praktisch sein Kabinett, hier im September und Oktober noch einmal in die Anhörungen müssen, und es wird dann im Oktober eine endgültige Abstimmung über die Juncker-Kommission geben. Das heißt, heute wird entschieden, wird Juncker diesen Auftrag bekommen, ja oder nein. Aber die Diskussion um Inhalte, um die Fortsetzung der Stabilitätspolitik in Europa, die wird noch über den Sommer bis in den Herbst hinein weitergehen.

Quell-URL: <https://www.liberale.de/content/lambsdorff-interview-fuer-den-deutschlandfunk-2>